

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

60. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 15. Juni 1922

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Todesanzeigen 1 Mk., die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklameanzeigen 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 68

Bekanntmachung

Die mehrmalige Erhöhung des Druckpreiskariffs, das fortgesetzte Steigen der Papierpreise, die gegenwärtig das Hundertfache der Friedenspreise erreichen, haben die Herstellungskosten für den „Korrespondent“ in erheblichem Umfange vermehrt. Hierzu kommt, daß auch die Postzeitungsgebühren noch eine wesentliche Erhöhung erfahren werden.

Wir haben uns deshalb gezwungen gesehen, den Bezugspreis für den „Korr.“ vom 1. Juli d. J. an auf

3 Mark

vierteljährlich festzusetzen. Mit dieser in ganz bescheidenen Grenzen gehaltenen Erhöhung können natürlich bei weitem nicht die Mehrkosten ausgeglichen werden, die durch die Preissteigerungen auf allen Gebieten dem Verlag erwachsen sind und weiter erwachsen werden. Mit dem Bezugspreise des „Korr.“ müssen aber mindestens die Postgebühren und die Verpackungskosten gedeckt werden. Da die Zuschüsse der Verbandskasse naturgemäß im fortgesetzten Steigen begriffen sind, wird die Generalversammlung des Verbandes zu einer Neuordnung der Bezugsbedingungen Stellung zu nehmen haben.

Der neue Bezugspreis ist in der Postzeitungsliste bereits eingetragenen und wollen die Besteller hierauf bei der Abonnementserneuerung Bedacht nehmen. Wir erwarten, daß die Leser des „Korr.“ die gewiß recht mäßige Preissteigerung, die für die Einzelnummer nur knapp vier Papierpfennige beträgt, im Interesse ihres Organs auf sich nehmen werden.

Berlin, den 12. Juni 1922.

Der Verbandsvorstand.

Der Jahresbericht des Verbandes

Die bescheidenen Feste, in denen in der Vorkriegszeit der Verbandsvorstand in lapidarer Form seinen Tätigkeitsbericht zu entwerfen pflegte, sind im Laufe der Jahre zu festlichen Bänden angewachsen. Ihr überblicklich geleiteter Inhalt ermöglicht es, einen Überblick zu gewinnen über den Stand der Gesamtorganisation, über die Tätigkeit der Organisationsleitung, wie auch über alle wichtigen Geschehnisse im Berichtsjahre. Der kürzlich erschienenen Jahresbericht über 1921 bietet in jeder Hinsicht einen Beweis dafür, mit welcher Zähigkeit an der Verwirklichung der gewerkschaftlichen Ziele gearbeitet worden ist, und daß der Verband der Deutschen Buchdrucker seine gewerbliche Machtfstellung trotz der vielen zu überwindenden Schwierigkeiten behauptet hat.

Wiederum bildete die Regelung der Lohnverhältnisse die Hauptaufgabe der Organisation. Eine Lohnbewegung folgte der andern, und trotzdem die Forderungen wie auch die schließlichen Zugeständnisse auf dem Lohngebiet immer höher wurden, gelang es nicht, den Existenzkampf der Gehilfenschaft wesentlich zu erleichtern. Infolge guten Geschäftsganges blieb wenigstens das Gelingen der Arbeitslosigkeit fern. Aber alle Vorgänge auf dem Tarifgebiete gibt eine chronologische Darstellung den nötigen Aufschluß. Am Schluß dieses gewerkschaftlichen Rückblicks kommt der Verbandsvorstand auf die 25jährige Wirkksamkeit der

Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker zurück, und sagt darüber:

Im Jahre 1896 unter schwierigen Verhältnissen geboren, war die Tarifgemeinschaft in erster Linie beauftragt, die nach dem großen Kampfe von 1891/92 eingetretenen zerrütteten Verhältnisse auf dem Lehrlingsgebiete, dem Lohn- und Arbeitsgebiet usw. zu befestigen, wieder Ordnung zu schaffen und der weiteren Zusammenarbeit im Interesse beider Teile wie des gesamten Gewerbes den Weg zu ebnen. Und wenn heute konstatiert werden kann, daß das Werk der Tarifgemeinschaft, der Deutsche Buchdrucker-Tarif, Allgemeingut des Buchdruckerwerkes geworden, dieser, abgesehen von einzelnen Ausnahmefällen, im ganzen Reich, in kleinen und großen Städten, in kleinen und großen Betrieben zur Durchführung gekommen, so ist damit bereits dokumentiert, daß die Tarifgemeinschaft ihre Aufgabe erfüllt und daß sie nutzbringend für beide Teile gearbeitet hat. Sie hat der Gehilfenschaft und damit auch der Gesamtarbeiterchaft im Gewerbe geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen, sie hat in andern Dingen und insbesondere auf dem Gebiete des Lehrlingswesens regeln eingegriffen und sie hat mit der Ordnung dieser Dinge der Prinzipalität die Grundlagen geliefert für richtiges Kalkulieren, sie hat damit aber auch der zum Schaden der Teile so stark vorhanden gewordenen Schmutzkonkurrenz den Boden abgegraben. Wenn in den letzten Jahren die Tarifgemeinschaft und deren Organe manchmal verjagt und außerordentliche Wege zur Erreichung der zum Leben notwendigen Löhne beschritten werden mußten, so hat das niemand mehr als die Gehilfenschaft bedauert; sie überließ aber auch nicht, daß das Verlangen auch mit auf die schwierigen Verhältnisse zurückzuführen war und schließlich ist immer wieder der Weg zu weiterer Zusammenarbeit gefunden worden. In der Tarifausschubstimmung vom 24. Juni 1921 ist dieses Subtilitäts beiderseitig in ehrender Weise gedacht und dabei auch dem Wunsch und der Hoffnung Ausdruck gegeben worden, daß es der Tarifgemeinschaft beschließen sein möge, in voller Erfüllung ihrer Aufgaben dem goldenen Jubiläum entgegenzugehen. Diesen Wünschen schließt sich die Gehilfenschaft vollinhaltlich an.

Im Anschluß daran gedenkt der Verbandsvorstand anerkennend der tariflichen Lebensarbeit eines unsrer Besten, des Kollegen Paul Schliebs, der, unbetruht um der Parteilosen Günst oder Mißgunst, stets nur den Weg geht, der nach seiner inneren Überzeugung dem Gesamtgewerbe frommt.

Übergehend auf das allgemeine Gewerkschaftsgebiet wird auch hier rege Tätigkeit und rüstiges Vorwärtsschreiten konstatiert. Allmählich habe eine ruhigere und bessere Beurteilung der Gewerkschaftsarbeit in den Mitgliederkreisen Platz gegriffen. Die Zersplitterungstendenzen radikaler Elemente fanden infolgedessen keinen so großen Anklang mehr und das sich mehr und mehr breiter machende Verhältnis für die gerade in den jetzigen Zeiten äußerst schwierige Gewerkschaftstätigkeit wirkte arbeitsfördernd. Auf verschiedene konkrete gewerkschaftliche Zeit- und Streitfragen geht der Berichtsteller näher ein, um im Anschluß daran dann wieder auf allgemeingewerbliche und spezielle Organisationsangelegenheiten zurückzukommen, die sicherlich bei allen Mitgliedern lebhaftem Interesse begegnen werden. Die nach Friedensschluß eingetretenen Grenzverwicklungen haben im Berichtsjahre zu namhaften organisatorischen Verlusten geführt. Neben dem Gau Ost- und Westpreußen und Posen sind Mitglieder der Gauen Ost- und Westpreußen und des Gaues Schleswig-Holstein unsern Verbände verloren gegangen, und noch weitere Verluste stehen durch die Entschlebung des Böhmerlandes im Obereschleffen zu erwarten. Der frühere Gau Westpreußen ist infolge der verschiedenen Veränderungen der Auflösung verfallen; teils wurden Druckorte des angrenzenden Gaues zugeteilt, teils wurde der selbständige Gau Freistaat Danzig gebildet. Die Mitglieder im Saargebiet waren gezwungen, um den Anschluß an den deutschen Verband aufrechtzuerhalten, einen selbständigen Gau zu bilden und die bisherige Zugehörigkeit zum Gau Mittelrhein aufzugeben. Aus der Not der Zeit heraus sah sich die Verbandsleitung veranlaßt, mehrfach Veränderungen und Verbesserungen auf dem Unterstützungsgebiete vorzunehmen. Die Geldentwertung, die schwierige Lage auf dem Tarif-

gebiet und die notwendigen Verbesserungen auf dem Unterstützungsgebiete zwangen naturgemäß auch dazu, die Verbandsbeiträge mit diesen Dingen in gewissen Einklang zu bringen. Anerkannt wird ausdrücklich, daß die im Laufe des Jahres mehrfach durchgeführten Beitrags-erhöhungen Verständnis in Mitgliederkreisen gefunden haben, und daß es fast ausnahmslos begrüßt wurde, daß durch die Beitrags-erhöhungen die Organisation auch eine ansehnliche gewerkschaftliche Stärkung erfahren hat, wenn auch infolge der fortschreitenden Geldentwertung eine Anpassung der Vermögensverhältnisse des Verbandes an den Stand in der Vorkriegszeit noch lange auf sich warten lassen wird. 554 Mitglieder schieden im Jahre 1921 durch Tod aus unsern Reihen. In der Verbandsleitung sind besondere Veränderungen nicht eingetreten. Mit dem 1. Mai schied Kollege Gustav Eißler aus dem Verbandsvorstand aus, nachdem er 30 Jahre lang in musterhafter Weise seines Amtes als Hauptkassierer gewaltet und eifrig mitgearbeitet hatte am Wiederaufbau und an der Gesundung der organisatorischen und tariflichen Verhältnisse nach dem großen Kampfe 1891/92. Die mit dem Kassiererwechsel notwendig gewordene gerichtliche Umschreibung verschiedener Vermögensgegenstände gab Veranlassung zur Schaffung einer den gesetzlichen Voraussetzungen entsprechenden Einrichtungsstelle, die es ermöglicht, die Vermögenswerte nicht mehr auf den Namen einer einzelnen Person einzutragen zu lassen. Dieser Zweck wurde erreicht mit der Gründung der „Treuhandverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Verbandskasse mit beiderseitig erklärter Haftung“, die im Juli 1921 eingetragenen ist.

Dem statistischen Teile des Jahresberichts über 1921 sei zunächst einiges Wissenswerte über die Mitteilungs- bewegung entnommen. Die Zahl der infolge von Gebietsabteilungen zu anderen Verbänden übergetretenen Kollegen betrug im Vorjahre insgesamt 1430. Die wirkliche Zunahme an Mitgliedern betrafte sich auf 2739, wodurch der Mitgliederstand von 72803 zu Beginn auf 75547 in 1668 Druckorten am Schluß des Jahres 1921. Im Jahresdurchschnitt betrug der Mitgliederstand 74337. In der Lehrlingsabteilung des Verbandes wurden in 1171 Druckorten gezählt zu Beginn des Jahres 11050, am Jahresschluß 10660, im Jahresdurchschnitt 11026. Der Beschäftigungsgrad war ein guter zu nennen. Es wurden insgesamt 639619 Arbeitslosentage gezählt (= 2,35 Proz.) gegenüber 1267303 Arbeitslosentagen (= 4,8 Proz.) im Jahre 1920. An Unterstützungstagen wurden auf der Seite und am Orte 460794 (= 72,04 Proz. der Gesamtarbeitslosentage) gezählt, gegen 868263 Tage und 68,5 Proz. im Vorjahre. Insgesamt verursachte die Arbeitslosunterstützung eine Ausgabe von rund 1500445 Mk. Ausgesteuert wurden insgesamt 547 Mitglieder (gegen 1802 Mitglieder im Vorjahre). Wie sich die Arbeitslosigkeit auf die einzelnen Berufsgruppen und Gauen verteilt, das wird in zwei Tabellen veranschaulicht. Die Arbeitslosigkeit der Drucker stand im Berichtsjahre weit über dem allgemeinen Jahresdurchschnitt, und zwar war es der Gau Leipzig, der ganz aus dem allgemeinen Rahmen herausfiel. Während die Seher in diesem Gau gut beschäftigt waren, gestaltete sich die Konjunktur für die Drucker ungünstig.

Streik- und Mahrgelungsunterstützung wurde für 21795 Tage (im Vorjahre 60627) gezahlt. Davon entfielen 20788 Tage auf die Streik- und 1007 Tage auf die Gemahrgelungsunterstützung. Abgesehen von den gegen den Willen des Vorstandes eingeleiteten und lokal begrenzt gebliebenen Bewegungen blieb die Organisation von größeren Kämpfen verschont, weil es immer wieder gelang, auf dem Verhandlungswege die großen Schwierigkeiten zu beseitigen, die einer Verständigung entgegenstanden. In der gezählten Streikunterstützung war zwischen drei Gruppen zu unterscheiden: 1. Angriffsbewegungen, die im eigenen Beruf erfolgten; 2. Ausparierungen, die durch Angriffsbewegungen anderer Gewerkschaften verursacht wurden; 3. Bewegungen, an denen in andern Berufen tätige Mitglieder teilzunehmen gezwungen waren. In der ersten Gruppe wurden 17 Bewegungen gezählt, an denen neben einigen Unorganisierten, Lehrlingen und Hilfsparaf-

698 Mitglieder bestellt waren, die aus der Verbandshaus-Unterstützung erhielten? Auf die zweite Gruppe entfallen 10 Bewegungen (meist Ausperrungen) mit 302 beteiligten Mitgliedern, und auf die dritte Gruppe 122 Mitglieder, die an den Kampfen der verschiedensten Arbeitergruppen beteiligt waren. An Streiktagen wurden gezählt in Gruppe 1: 10530, in Gruppe 2: 7542, in Gruppe 3: 2716. Insgesamt erforderte die Streik- und Mahnrungsunterstützung 365695 Mk. Illegale Bewegungen mit Arbeitsniederlegung, zu denen die Zustimmung des Verbandsvorstandes nicht eingeholt wurde und auch nicht hätte erreicht werden können, wurden 30 gezählt, an denen rund 7300 Mitglieder beteiligt waren, die 64600 Streiktage umfaßten und für die aus lokalen Mitteln rund 1 162 000 Mark Unterstützung ausbezahlt wurden.

Umzugsbeihilfen wurden an 404 Mitglieder (im Vorjahre 462) in Höhe von 55433 Mk. gewährt.

Die Krankenkasse ist seit 1919 in an anderem Rückgange begriffen infolge der letzten Tatsache, daß sich die Mitglieder aus wirtschaftlichen Rücksichten erst dann zur Unterbrechung ihrer Berufstätigkeit entschließen, wenn deren Fortsetzung zur glatten Unmöglichkeit geworden ist. Im Berichtsjahre wurden 590105 (1920: 586033) Krankentage gezählt. Auf jeden Krankheitsfall entfällt im Durchschnitt eine Krankheitsdauer von 31 Tagen (1920: 30,6 Tage). Für 540152 Krankenunterstützungstage (91,5 Proz. aller Krankentage) wurden insgesamt 1481886 Mk. verausgabt. Der Invalidenstand betrug am Jahresbeginn 1061, am Jahresschluß 1087. An Invalidenunterstützung wurden insgesamt 669543 Mk. aus der Hauptkasse benötigt. In mehreren Gauen neben noch Zuschüssen. An Sterbefällen waren im Berichtsjahre 109 Fälle weniger zu verzeichnen als im Vorjahre. Die Sterbunterstützung erforderte 167475 Mk.

In interessanten Darlegungen über das Massenwesen des Verbandes wird u. a. darauf hingewiesen, daß es angesichts der Entwertung unserer Zahlungsmittel die Aufgabe der Verbandsleitung war, nicht nur für die erhöhten Ausgaben Deckung zu suchen, sondern auch die notwendig gewordene Stärkung des Verbandsvermögens ins Auge zu fassen, das durch den Sturz des Marktkurses empfindlich entwertet worden ist. Um dieser Entwertung des Vermögens nach Möglichkeit zu begegnen, die Organisation in den Stand zu setzen, in schwierigen Lagen den Mitgliedern einen Rückhalt zu bieten und für außerordentliche Fälle gerüstet zu sein, sah sich der Verbandsvorstand gezwungen, wiederholt mit Beitragserbhöhungen an die Mitglieder heranzutreten und auch die Sondersteuer zu erhöhen. Letztere war ursprünglich zur Ausgabenbedeckung für die Notstandsbeihilfe bestimmt; sie wurde dann aber zur Stärkung des Verbandsvermögens beibehalten. Dank des von unsern Mitgliedern bewiesenen Opfermutes, der in Abzugsungstreue wurzelt, gelang es, das Verbandsvermögen im vergangenen Jahre um 11213744 Mark auf 27735772 Mk. zu erhöhen, wobei allerdings wesentlich mit ins Gewicht fiel, daß infolge des ungewöhnlich guten gewerblichen Beschäftigungsstandes die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung gegenüber anderen Jahren relativ gering waren. Die Einnahmen der Hauptkasse vermehrten sich gegenüber dem Vorjahre um 90,4 Proz.; sie betragen 2239983 Mk. Die Gesamtausgabe dagegen bezifferte sich auf 1126239 Mk. (gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung von 32,3 Proz.). Davon entfielen auf das Unterstützungswesen 4906906 Mk., das sind 22 Proz. der Gesamteinnahme. In der Lehrlingsabteilung betrugen die Einnahmen 184644 Mk., die Ausgaben 144384 Mk. Die Zentralinvalidenkasse in Liquidation schloß mit einer Einnahme von 12587 Mk. und einer Ausgabe von 19241 Mk. ab.

Die in einem besonderen Anbange allernmäßig ausgewiesenen Gesamteinnahmen der Kassen der Gau-, Bezirks- und Ortsvereine sowie der Zentralkommissionen der einzelnen Sparten betragen 10839089 Mk., die Gesamtausgaben dieser Nebenstellen 8369178 Mk. Von den letzteren entfielen auf das Unterstützungswesen 2336044 Mk. In den Einnahmen der Gauen figurieren die Rückvergütungen aus der Verbandshaus mit 2524464 Mark (gegen 1031717 Mk. im Vorjahre).

Der Vermögensstand der Gesamtkassensystemation belief sich im Berichtsjahre auf rund 35 427 129 Mk.

Mit diesen Stichproben aus dem reichen Sifferwerk des Jahresberichts wollen wir es bewenden lassen, da es nicht in unserm Blick liegt, durch diese Besprechung den Mitgliedern ein gründliches Studium des gesamten Berichts zu erparieren. Dieser enthält so viel Belebendes und zum Nachdenken anregendes Material, daß jeder Verbandskollege, der Wert darauf legt, über seine Berufsorganisation gründlich informiert zu sein, mit Interesse vom Gesamtinhalte des Berichts Kenntnis nehmen wird. Dazu gehören insbesondere auch die Protokolle der Gauvorsteherkonferenzen sowie die Beiträge aus sämtlichen Gauenvereinen, der Zentralkommissionen der Sparten und des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, auf die hier eingehen uns zu weit führen würde. Schließlich sei nur noch darauf verwiesen, daß in dem Jahresberichte auch alle im Jahre 1921 erlassenen wichtigen

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes und der Tariforgane im vollen Wortlaute zu finden sind. Ein Grund mehr, um den gewerbeschäftigten Wert der Jahresberichte zu erhöhen.

Auch aus dem jüngsten Jahresberichte des Verbandes der Deutschen Buchdrucker geht deutlich hervor, mit welcher Hingabe und Zähigkeit Stein auf Stein gefügt wurde, um den Verbandsbau zu festigen. Wiederum liegt ein kurzer Zellausschnitt fleißiger, gewerkschaftlicher Kleinarbeit hinter uns. Es war ein unermüdlicher Kampf um scheinbar geringe Kleinigkeiten, bei dem aber doch das große, im Sozialismus ausmündende Ziel niemals aus dem Auge verloren wurde. Am weiterhin ersprießlich wirken zu können, gilt es aus dem Jahresberichte begreifen zu lernen, warum die Dinge so und nicht anders lagen und daß harte wirtschaftliche Tatsachen ihre eigene Logik haben; gilt es zu beherzigen, was unser Verbandsvorstand am Schluß seines diesmaligen Berichts aufammenfassend sagt, wenn er schreibt:

In den letzten schwierigen Zeiten heißt es: den Blick nach vorwärts zu richten, heißt es: weiterarbeiten und den Weg weitergeben, den langjährige Erfahrung, den die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung und damit auch die Geschichte unseres Verbandes als den richtigen lehrt. Die deutsche Arbeiterbewegung ist groß geworden im Kampfe gegen Unterdrückung, im Kampfe um Recht und Freiheit; sie ist über Semnisse und Schwierigkeiten hinweggeschritten, sie wird auch die bestehenden und kommenden Schwierigkeiten überwinden, weil sie sie überwinden muß im Interesse ihrer selbst wie des ganzen deutschen Volkes! Dazu ist aber notwendig: Einigkeit; da heißt es: zusammenstehen und zusammenhalten, praktische Tätigkeit verrichten, nicht inkultivieren und zerstückeln! Denn nur in der Einigkeit und in der Weiterarbeit auf den betretenen Pfaden liegt die Macht und die Kraft der Arbeiterbewegung.

Andre Wege

Kulturförderndes Streben unserer Zeit erkennt die Notwendigkeit der geistigen Entwicklung des Menschen als Hauptmoment der inneren Erneuerung rückhaltlos an. Ohne innere Erneuerung kein wesentlicher Fortschritt, keine Geländung der von Wehen schwangeren Zeit. Dem Denken der Menschen heißt es mehr Zielrichtung geben wie bisher, nur so steigern wir das Interesse für neue Notwendigkeiten, für das Höhere, und lenken ab von dem Kleinlichen. Alle in unserm Berufe schlummernden Kräfte wollen wir entfalten, wollen wir wachen, um sie in dem Dienste der „großen gemeinlichen Sache“ zu stellen, die gegenständlichen Kämpfe in den „eigentlichen Reiben“ auf ein erträgliches Maß zu beschränken, auf ein höheres Niveau zu heben und an ihre Stelle mehr Einigkeit, Geschlossenheit, mehr gegenseitige Achtung zu setzen als Grundprinzip all unsern Handelns. Die alten Sünden und Fehler der Bevormundung in unsern Bildungsanstalten, welche sich die früher herrschende Autokratie geleistet, sind mit ihrer Beseitigung keineswegs verschwunden. Das Neue steht im schwersten Kampfe gegen diese Überlieferungen, von denen sich ein großer Teil Menschen innerlich noch nicht freigerungen hat. Mehr als je brauchen wir den inneren Menschen, der Kampf geht um seine Seele, seinen Geist und sein Denken; um sein Interesse zu heben an der gemeinsamen Sache, im Kampfe um die Verbesserung der Lebenslage des schaffenden Volkes, soll die allgemeine Interessen- und Teilnahmlosigkeit nicht ins Gegenteil gekehrt werden. Hier berühren wir den Brennpunkt alles Handelns, aber auch was ihm Schwungkraft und Leben geben kann. Niemand wird einer fremden Auffassung und Idee mehr Bedeutung geben, als das Interesse der davon Berührten ihr selbst entgegenbringt.

Die Anzuehndel wester Kreise der Arbeiterschaft, nicht nur der Buchdruckerwelt, über die gewerkschaftliche Führung ist ein Symptom unserer Zeit, ohne daß sie unbedingt aus den Tatsachen ihre Erscheinung herleiten könnte. Sie entspringt einem kalten Vorstellungskreis ungeschulten Denkens und dem Umstände, daß die Bildung und Schulung der Vorkriegszeit den veränderten Verhältnissen einer neuen Zeit nicht mehr genügen. Die menschliche Schwäche eignet sich Anvollkommeneheit sucht in Unkenntnis gegebener Situationen einen Willkürleiter für die eigene Anzuehndelheit in der Spitze ihrer Keilung, und eigene Unkenntnis der Erfahrung wird als Fehler anderer gewertet. Dieses zellt viel gegenseitigen Verdruß und Ärger und ist durchaus nicht geeignet, als Ansporn weiterer Tätigkeit zu dienen. Es entsteht das Verede von der „Käuflichkeit“ der Führer, und solches Verede ist viel Mißtrauen in das weniger aufnahmefähige Denken, beweist dem aufmerksamen lauschenden Unternehmertume die unzulängliche Selbsterkenntnis in der Organisation und beeinträchtigt die Aktivität ganz erheblich. Bei solcher Vorauslegung bleibt auch die Kritik an der Oberfläche haften, weil die Erkenntnisraft selten in die Tiefe dringt. Die Auffassung, als sei es den Gewerkschaften oder einer einzelnen gewerkschaftlichen Gruppe möglich, alle Lebensnot zu bannen, entspringt, wie man sich sehr leicht selbst überzeugen kann, einem kalten Vorstellungskreis, was Möglichkeit und Wirklichkeit ist, und ist nur aus der Unkenntnis wirtschaftlichen Denkens erklärlich.

Hier ist eine große Mühe im Arbeiterdenken, die einen großen Teil der vermeintlichen „Mißerfolge“ erklärt, und es ist eine bedauerliche Tatsache, daß der Kampf ums rein Materielle unsre besten Kräfte verzehrt, während auf

der andern Seite unsre gewerkschaftlichen Aufgaben ins Organische wachsen. Neben allem Trachten um das rein Materielle (was bei den niederen Buchdruckerlöhnen schon erträglich) sollte der Blick geschärft sein auch für neue Notwendigkeiten mehr wirtschaftlicher Natur. Es ist der Stuch unierer alten Erziehung und Bildung, daß sie es in so vorzüglicher Art und Weise verstand, unser Denken freizubekommen vom Erfassen des Entsebens, Werdens und Vergehens. Sind diese drei Worte mehr wie bisher verstanden, nicht nur in den Gewerkschaften, so wird der Aufstieg der arbeitenden Klassen mehr beschleunigt. Sie enthalten alle, leibend der großen Masse unbekanntes Lebenskräfte, die zu einer höheren Erkenntnis führen, neue Kraft, neues Leben und neues Blut unsern Lebensinhalte zuführen werden. Wer sich zu dieser höheren Erkenntnis noch nicht durchringen, ist kein moderner Mensch, er ist belastet mit dem Bleigewicht alter Tradition und Erziehung. Und dieses Schwergewicht abzuwerfen, ist nur durch die innere geistige Umstellung möglich. Ein jeder einzelne sollte und müßte das Bedürfnis empfinden, nicht nur sein Berufswissen zu erweitern, weil dem denkenden Arbeiter sich hier eine neue unbekanntes Welt auf. Auch hier muß die Organisation neue Wege betreten, um das Interesse für wirtschaftliche Vorgänge zu wecken, und wer hier seine besten Kräfte einsetzt, dem gehört die Zukunft.

Saarbrücken

L. R.

Das natürliche Recht der Opposition

Die Sonne steigt. Es reißt die Saat.
Die Zeit der großen Ernte naht.
Wie alles in die Saime schießt!
Wie alles drängt und grünt und sprießt —
Schwach, was sich mein Auge? — Horn
Und Blücht wuchert durch das Korn.
Rings liegt die junge Frucht erlicht!
Gewalt — Gewalt — wohin es blickt!
John Henry Madan.

Das Wort „Opposition“ als Fremdwort bedeutet „Widerlegung“ oder „Gegenrichtung“. In dieser Auslegung des Wortes erscheint die Behandlung der oppositionellen Kräfte von Seiten der Vorstände der Arbeiterorganisationen verständlich. „Will man aber dazu übergehen, mit Gewalt diese vermeintlichen „Widerpenflichen“ oder „Gegner“ zu bekämpfen oder deren Kräfte lahmzulegen, so halte man noch einen Augenblick inne und lasse auch einmal einem Vertreter der Opposition das Wort, um seine Auffassung in dieser Sache zu präzisieren.

Der Mensch, als ein Produkt der Natur, untersteht mit allen seinen Einrichtungen den ebernen Gesetzen der Natur. Auch das Organisationsleben der Menschen ist ein Spiegelbild von der Organisation in der Natur. In Wald, Feld und Wiese — immer dieselben Gesetze des Zusammenstufens und der Fortentwicklung. Von diesem natürlichen Gesichtspunkt ausgehend erlangt das Wort „Opposition“ im wesentlichen eine ganz andere Bedeutung. Legen wir uns die Entwicklungslehre Professor Saechels zugrunde, so ist die „Opposition“ keine zerstörende Widerständigkeit, sondern eine natürliche treibende Kraft zur Fortentwicklung.

Zum Beispiel: Legen wir ein Weizenkorn in die Erde, so wird es, sofern eine lebensfähige Kraft in ihm wohnt, sich nach kurzer Zeit erheben und eine junge treibende Kraft erzeugen — alle Hindernisse überwindend — einen Halm bilden mit dem Endpunkte — der Ähre. Die Ähre birgt das Weizenkorn, das in die Erde gelegt wurde, in vielzähliger Form. Die Ähre teilt sich wieder in einzelne Samenkömer und jedes derselben geht wieder denselben Entwicklungsstadium.

Professor Saechel stellt folgende Formel auf: Position — Opposition — Komposition. Das Samenkorn, in die Erde gelegt, ist die Position. Der Halm ist die Opposition und die Ähre die Komposition. Die Opposition ist die Überlegung der Position in verwickelter Form in die Komposition.

So wie die natürliche Fortentwicklung an diesem Beispiele zeigt, folgt alles im Weltall — in Feld, Wald und Wiese, im Wasser und in der Luft, ja auch die Menschen mit allen ihren Einrichtungen — demselben natürlichen Entwicklungsstrome.

Könnte es vorkommen, daß ein Mensch mit einem klein wenig natürlichem Empfinden, bei reiflicher Überlegung, diesem leichtverständlichen natürlichen Entwicklungsgefeß widersprechen sollte? Oder, daß er gar dazu übergehen wollte, dieser natürlichen Entwicklung Gewalt anzutun? Sein Beginnen wäre nutzlos und er würde seine Dhmacht gegenüber der Natur gar bald erkennen, wenn ihm der Schaden, den er sich selbst zufügt, die Augen öffnet.

Befürcht durch die Erkenntnis der natürlichen Entwicklung wird und muß sich die Opposition im graphischen Gewerbe durchziehen. Ihr fällt die natürliche Rolle der Überleitung der Berufsverbände im graphischen Gewerbe in den „Graphischen Industrieverband“ zu. Der Industrieverband birgt die Vorteile der Berufsorganisationen in vielzähliger Form. Einbeittliche Organisation, Propaganda, Verwaltung, Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse usw.

Was steht nun der natürlichen Fortentwicklung dieser Opposition hindernd im Wege? Vor allen Dingen der Kampf ums nackte Leben. Der immer härter werdende Druck und die Einzwängung in eine enge Form des Lebens. Kleine Freizügigkeit mehr in der Wahl des Arbeitsverhältnisses, keine in der Wahl der Wohnung, Nahrung und Kleidung. So wird der natürliche Entwicklungstriebe der Opposition durch den unnatürlichen wirtschaftlichen Druck zur Spannung, die sich zu gegebener Zeit in explosiver Art auswirkt. Auch solche Bilder zeigt uns draußen die Natur in drastischer Weise.

Die Position, der Berufsverband, ist in keinen Wurzeln verankert mit denen einer andern Pflanze — Arbeit-geberorganisation. Diese Arbeitsgemeinschaft laugt ein Teil der Kräfte auf, welche die Opposition zu ihrer eignen Fortentwicklung braucht, zur Schaffung der Komposition.

Wohi! sprechen die Verteidiger der Position den Willen aus, den „Großhändler-Industrienerband“ zu schaffen, sie wollen aber selbst bestimmen, in welchem Moment dies geschehen soll. Und wie weit dieser noch entfernt ist, zeigt die Tätigkeit des „Großhändler-Bundes“ und der „Großhändler-Kartelle“, deren Verhandlungen und Besprechungen heute immer noch recht problematischen Charakter tragen. Wo sich in den „Großhändler-Kartellen“ politisches Handeln gezeigt hat, ist es nur mit Hilfe der Kraft der Opposition geschehen. Von Anfangen wegen lehnt man die treibenden Kräfte der Opposition ab, weil man, in vollständiger Verneinung der natürlichen Entwicklung, in ihnen nur eine zerstörende Widerleitlichkeit erblickt.

Wenn wir das natürliche Recht der Opposition erkannt haben, was gibt dann noch den Verteidigern der Position Veranlassung Sturm zu läuten? Die Auswirkung der Opposition — ihre Presseeinrichtung — ihr persönlid-gehaltiger Ton. (Weiben wir bei der natürlichen Betrachtung.) Die Opposition, hervorgegangen aus der Position, laugt ihre Kraft aus dem Mutterboden. Und wenn sie sich in irgendeiner Weise unangenehm auswirkt, so liegen die Wurzeln des Übels in der Position. Das heißt: die Auswirkungen der Opposition haben ihre Ursache in der Position! Wie kann man in solchem Sinne von „unabhängiger“ oder „ehrlicher“ Opposition überhaupt sprechen? Alles in der Welt besitzt in dem Maß Entwicklungskräfte, wie es sich in der Opposition zeigt. Ist die Opposition stark, dann birgt die Position viele lebendige Kraft. Wird ein Ding aber keine Opposition mehr treiben, dann ist in der Position alles Leben erloschen. Renken wir unsere Mächte beim Anbruch des Frühlings hinaus in den Wald und leben, was alles spricht und sproßt. Wie die natürliche Entwicklung immer weiter schreitet. Wie sich die junge treibende Kraft ausbreitet — alles aus dem Wege räumt, was alt und morisch ist. Auch hier leben wir, das heißt die Opposition in der Natur oft sehr geräuschvoll durchdringt.

Man kann wohl der Opposition Gewalt antun — sie von der Position abstoßen. Wird aber die Position nicht neue Opposition treiben? Jawohl! — solange noch eine Lebenskraft in ihr wohnt! Geht die Entwicklung der politischen Parteien — sie sprechen in diesem Sinn eine zu deutliche Sprache. Was für eine Lehre schenkt uns die Natur noch bei dem Abfließen der treibenden Kräfte, der Oppositionen? Besitzt die Opposition nach der Trennung von der Position genügend Lebenskraft, dann kann sie sich eine eigene Position schaffen und sich darauf folgend doch zur Komposition auswirken.

Will man die Einheit des Organismus wahren, so laßt man der Opposition freie Entwicklungsmöglichkeit und jedes Unschöne wird sie von selbst dadurch beseitigen. Gewalt wird die Entwicklung der Opposition nicht hindern können, denn dies ist ihre natürliche Bestimmung.

Wiesbaden.

F. Eppold.

So interessant die vorstehende Begründung eines „natürlichen“ Rechtes der Opposition auch zu lesen sein mag, so steht sie doch voller Unkraut und gewalttätiger Begriffe, die wir im Interesse eines besseren gegenseitigen Vernehmens nicht unwillig lassen können. Zwar ergibt sich schon aus dem vom Verfasser gemachten Motto von John Henry Machay die Lehre, daß auch die natürliche Entwicklung der Dinge voller Unkraut und sorgelosester Gewalt steht. Daß also bei Nichts betrachtet, so gar jede Gewalt als natürliches „Recht“ beurteilt werden könnte, wenn man die Natur als Maßstab aller Dinge annehmen wollte. Gewalttätig ist auch die Darstellung der Haltung der Vorstände der Arbeiterorganisationen gegenüber den „Widerpenstigen“ oder „Gegner“, wie sie Kollege Eppold beliebt. Gewalt ist es, wenn im Gegenlage zu bestehenden Organisationsverfassungen einzelne Mitglieder mit allen Mitteln versuchen, der Mehrheit ihre besonderen Anschauungen aufzuzwingen, und zwar unter persönlicher Beschimpfung und Verleumdung der Vorstände, die nichts anderes tun, als pflichtgemäß ihre Aufgabe zu erfüllen, zu der sie von der Mehrheit berufen und gemäßigt worden sind. Wer dagegen opponiert, mag nach seiner Auffassung ein natürliches Recht dazu haben; ebenso natürlich ist es aber auch, daß die von einer solchen Opposition Angegriffenen sich dagegen zur Wehr setzen. Und wenn sie das tun, gestützt auf die für sie unbedingt maßgebenden Organisationsgrundsätze, so haben sie dazu nicht nur ein natürliches Recht, sondern eine moralische Pflicht. Dabel soll gar nicht behauptet werden, daß die in Frage kommenden Organisationsgrundsätze für alle Zeiten unabänderlich sind. Veränderungen der Voraussetzungen, unter denen die Grundsätze oder Richtlinien früher aufgestellt worden sind, so ist es nicht nur natürlich, sondern vernünftig, daß diese Grundsätze ebenfalls eine Änderung erfahren müssen. Zu einer solchen Änderung oder Verbesserung der organisatorischen Richtlinien sind aber nicht nur einzelne berechtigt, sondern die ordnungsgemäß, d. h. nach der maßgebenden Verfassung berufenen Vertreter der Gesamtheit einer Organisation; im vorliegenden Falle die Delegierten unter demnächst zusammentretenden Generalversammlung.

Vor diesem Forum hat z. B. unsere Organisationsleitung Rechenschaft für ihre Haltung seit der letzten Generalversammlung abzulegen; und sie wird sich dem in keiner Weise entziehen. Sie wird in der Lage sein, nachzuweisen, daß sie sich gewissenhaft in jeder Beziehung auf dem Boden des Verbandsstatuts bewegt hat; ob das

aber auch die Vertreter der Opposition vor sich sagen können, das wird durch die Entschcheidung der Generalversammlung über den Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes zum Ausdruck kommen. Sofern die sogenannte Opposition in Wirklichkeit dazu beitragen kann, daß für die Zukunft bessere oder zweckmäßigere Organisationsgrundsätze aufgestellt werden können, wäre das sehr erfreulich. Aber das wird für nur möglich sein, wenn sie sich auf dem Boden der Tatsachen stellt, mit denen wir insgesamt und nicht nur vereinzelt zu rechnen haben.

Und in dieser Richtung geben gerade die Ausführungen des Kollegen L. sehr interessante Fingerzeige; wenn auch in ganz anderer Richtung, als er sich kein System eines natürlichen Rechtes der Opposition aufgebaut hat. Denn nicht jedes Weizenkorn, das in die Erde gelegt wird, entwickelt sich zu Stalm und Ähre; das geschieht immer nur dort, wo die natürlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Jedes Jahr gehen in der Natur viele Milliarden von Keimen zugrunde, weil sie trotz ihrer natürlichen Bekanntheit infolge Wind, Wetter, Klima ungeeigneten Boden usw. überhaupt nicht zur Keimung ihrer natürlichen Kräfte gelangen können. Und es ist nicht wahr, daß jedes Korn, alle Hindernisse überwindend, sich zur Frucht durchringen kann. Unmöglich sind die Fälle in der Natur, wo die Opposition gegen eine Position resultatlos verpufft und Milliarden von Energien weder zu einer Komposition noch zu einer Erschütterung irgendeiner Position führen. Das zeigt uns das Weltall — in Feld, Wald und Wiese, im Wasser und in der Luft usw. Auch das ist natürliche „Entwicklung“, und zwar deshalb, weil alles in der Welt nur geschehen kann, soweit es nicht durch stärkere Kräfte gehindert wird! Viele stärkere Kräfte in den Bereich seiner Berechnungen und seines Strebens zu ziehen, sein Verbalten, seine Kraftanwendung wie auch seine Kraftökonomie danach einzurichten, das ist es, was den Menschen ziere, denn dazu wird ihm der Verstand!

Daß aber dieser Verstand in der Hauptsache nur bei der Opposition vorhanden ist, wird Kollege L. wohl selbst nicht behaupten wollen. Wir halten es sogar für sehr unvernünftig, daß er sich ein Gedankengebäude zurechtzimmert, zu dem er sein selbigen Sockel als Architekton aufstellt, obwohl dieser sich wahrscheinlich im Grabe umdrehen würde, wenn er noch hören könnte, wie einseitig und kurzschichtig seine Lehre in diesem Falle mißbraucht wurde. Aber eins möchten wir doch aus den Darlegungen des Kollegen L. als beachtenswert herausheben, und das ist die Tatsache, daß er ganz überleben hat, warum denn z. B. das Unkraut unter dem Weizen wie überhaupt in der Natur und unter den menschlichen Dingen so mächtig wuchert. Legt das nicht daran, daß eben trotz aller Fortschritte der menschlichen Wissenschaft die natürlichen Verhältnisse immer noch härter sind, als alle Positionen, Oppositionen und Kompositionen? Und was nützt Kollege L. seinen Bemerkungen, daß die Natur durch die Opposition ererbte Überwindung der Position und im Endresultat als Komposition der Weisheit letzter Schluss sei? Bedingt nicht die Lehre, auf die er sich stützt, daß jede Komposition vom ersten Augenblicke ihres Entstehens ebenfalls wieder nur eine neue Position darstellt, die ihre Opposition findet und in natürlicher Entwicklung zu einer andern Komposition führen muß? Wo ist aber der Beweis, daß jede Komposition etwas Besseres ist, als die von ihr durch die Opposition überwundene Position? Ist es nicht viel besser, wir prüfen ohne jede persönliche Leidenschaft alle Mittel, die sich in unserm Kampfe uns offenbaren und wählen daraus stets das beste und zweckmäßigste, dem nicht nur einzelne, sondern die Mehrzahl derjenigen, um deren Lebensinteressen es sich handelt, Vertrauen entgegenbringen? Ist es nicht nutzlose Krafterschöpfung, wenn wir zur Erreichung unsrer gemeinsamen Ziele Wege einschlagen, denen nur eine Minderheit zu folgen gewillt ist, während die Mehrheit eine andre Straße zieht? Wäre es nicht besser, wenn die sich selbst vernünftiger führende Opposition sich der großen Mehrheit in kollegialer Gelinnung einliedern und mit mehr kollegialer Mitarbeit als mit persönlicher Serabeflegung Andersdenkender sich in die Selen der gewerkschaftlichen und kollegialen Mitarbeit legen würde, um unsern gemeinsamen Gegner, dem privatkapitalistischen Unternehmertum, eine einheitliche Front entgegenstellen zu können?

Es wäre ja laubbast, davon zu reden, daß die sogenannte Opposition letzten Endes ein besseres und höheres Ziel habe, als die von ihr so kleinlich und kurzschichtig bekämpften Gewerkschaftsführer. In Wirklichkeit haben die letzteren gar kein andres Ziel, als die Arbeiterkraft aus dem Schoße der privatkapitalistischen Unterdrückung zu befreien. Geht es um diesem Ideal, haben sie von Jugend auf dieser Kulturauflage ihre Lebenskräfte geweiht, haben Gleichgesinnte um sich geschart, haben Wankelmütige, Ungläubige und Verzweifelte gestärkt, belehrt und als Mitstreiter gewonnen. Von jeder befinden sie sich in dieser Hinsicht selbst in Opposition gegen die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung und suchen durch Kräftigung der Gewerkschaften in möglichst einseitlicher und geschlossener Weise unter ökonomischer Verwendung der gewerkschaftlichen Kräfte die wirtschaftliche Lage der Arbeiterkraft zu verbessern. Und wenn ihnen das bis heute nicht in zufriedenstellender Weise gelungen ist, so liegt das eben daran, daß die Position, die sie zu überwinden versucht haben und immer wieder versuchen, eben auch von dem natürlichen Rechte der „Opposition“ Gebrauch macht und alle Kräfte zur Abwehr einleitet, die ihr irgendwie zur Verfügung stehen. Und es ist ihr Grundfehler der Opposition, für die Kollege L. glaubt eine Lanze brechen zu müssen, daß diese glaubt, es liege nur an den Gewerkschaftsführern, daß die Position der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung noch nicht aus dem Sattel gehoben ist.

In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß durch diese Art der Opposition in unsern eignen Reihen das Vertrauen der Gewerkschaftskollegen zu ihren Organisationen geschwächt wurde, insofern dessen Entmutigung und Verdrossenheit um sich greifen, wenn der Widerstand des Unternehmertums sich stärker zeigt, als es von vielen Oppositionskollegen in Unkenntnis der wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse immer wieder behauptet wird. Wir hoffen, daß die kommende Generalversammlung unsres Verbandes in dieser Beziehung größere Klarheit als bisher schaffen wird, und daß die Kollegen der Opposition in unsern Reihen erkennen, daß sie ganz andre Aufgaben zu erfüllen haben, wenn sie wirklich im Interesse der gesamten Kollegenschaft wirken wollen!

Die Redaktion.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

■ Tarifkonflikte besetzen zur Zeit in Ostpreußen noch in Vorkriegszeit, Staltpänen und Wehlan. Zugung nach diesen Orten ist zu unterbleiben. Bei Staltpänenangeboten aus Ostpreußen ist unbedingt bei den zuständigen Organisationsstellen erst anzufragen.

Bezirk Duisburg. (Maschinenheer.) In unsrer Verammlung am 14. Mai in Wilhelm (Rudr) widmete der Vorliegende zunächst dem verstorbenen Abgeordneten Sude einen ehrenden Nachruf. Eine längere Debatte rief die Mitteilung von einem Beschlusse der hiesigen Prinzipalsvereinigung hervor. Danach sollen in Zukunft Beschlüsse (insbesondere Maschinenheer), die nicht in Kündigung stehen, in keinem andern Geschäft am Platze eingestellt werden. Auch sollen die Löhne in allen Geschäften gleich hoch (gemeint ist hier) gehalten werden. In letzter Zeit wechselten einige ältere Kollegen ihre Kondition, da ihnen ein paar Papiermark mehr geboten waren; darüber große Erregung bei den „geschädigten“ Firmen. Maßnahmen, um diesen Beschlusse rückgängig zu machen, sind bereits ergriffen. Der Kassenericht ergab einen Bestand von 898,22 Mk. Das Sommerfest soll am 23. Juli stattfinden. Vor der Verammlung fand eine Besichtigung der „Mühlheimer Seltung“ statt, wobei Kollege Müntmann einen Vortrag über „den Lauf der Matrizen“ hielt.

Hamburg. (Maschinenheer.) In der außerordentlichen Generalversammlung am 14. Mai legte Kollege Joseph Plech nach zwölfjähriger Unmöglichkeit den Vorsitz nieder. Er ist aus dem Beruf ausgeschieden und widmet fernerhin seine Kraft der Betriebsrätezentrale. Von verlebten Seiten wurden ihm für seine unermüdete Führung gedankt. An seine Stelle wählte man den Kollegen Emil Zimmermann (Hamburg 28, Mittelstraße 75, II). Starke Enttäufung über die Debatte über das Schlußkommen für Mai aus. Eine entsprechende Resolution fand einstimmig Annahme. Der fernere Fortschritt der hiesigen Gesamtkollegenchaft Anerkennung. Zum Punkte „Technisches“ wurde eine maßnahmenrechtliche Frage erörtert, im übrigen das Buch des Kollegen Walter empfohlen.

Pelzitz. (Drucker.) In unsrer Verammlung am 12. Mai gedachte der Vorliegende Baufeld mit Worten des Dankes der Verdienste des verstorbenen Kollegen Karl Ludwiz. Die Verammlung erbrachte das Ableben des Verstorbenen durch Erbeben von den Pläßen. Unterm „Berichtsbericht“ gab der Vorliegende eingangs die drei 50-jährigen Berufs Jubiläen der Kollegen Lönninger, Kirken und Gangall bekannt, und wünschte ihnen einen sorgentelren Lebensabend. Die Verammlung der Neuausgewählten brachte der Sparte einen Zuwachs von 52 jungen Kollegen, doch ist die Zahl bereits durch Nachmeldungen bedeutend überhöht. Das unantastliche Arbeiten einiger Kollegen in einer hiesigen Firma wurde scharf getadelte. Zur Disposition gelangte Spamer gab Kollege Baufeld einen kurzen Überblick über die mit der hiesigen Gewerkschaft der Steinbrücker gepflogenen Verhandlungen. Zweck bogentlicher Besserstellung der Drucker in den Maschinenläden gibt der Gewerkschaftsbehörde eine diesbezügliche Eingabe zu. Einen gedrängten Bericht über die Vorstandskonferenz des Kreisfaches Pelzitz erstattete Kollege Böhring. In den Ernst der Sache flocht er einige heilere Momente mit ein, zum Zeichen, daß in der Provinz in tariflicher Hinsicht noch manches im argen liegt. Sodann verlas Kollege Baufeld das Rundschreiben Nr. 8 der Zentralkommission, den Inhalt kurz erläuternd. Hier übte besonders der Punkt „Technisches“ eine längere Aussprache aus. Die Verammlung beschloß, die Kollegen Baufeld und Böhrer zu der bevorstehenden Kreisvorstandskonferenz zu delegieren. Unterm letzten Tagesordnungspunkte kamen Klagen über zunehmende Hausentzünungen (Chazeme) zur Sprache, die auf die chemischen Zusammenstellungen mancher Kleisterarten zurückgeführt wurden. Die verschiedensten Erfahrungen einzelner Kollegen zur Beobachtung der Entzündungen wurden zur Kenntnis genommen.

Mannheim. In der aufbelebten Verammlung am 6. Mai gelangten drei Kollegen zur Aufnahme. Nach Erledigung einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten wurde in die Diskussion über eine von Kollegen Reichleter begründete Resolution zu dem Metallarbeiterstreik eingetreten, die im wesentlichen besagte, daß dem beachtlichen Affektat auf den Abschlußstand seitens des geschlossenen Unternehmertums die geschlossene Arbeiterfront entgegengesetzt werden müßte. Dazu sei die aktive Solidarität, d. h. die Erweiterung der Kampffront notwendig, die finanzielle Unterstützung allein tue es nicht. Mit wenigen Ausnahmen vertrat die Verammlung den Standpunkt, daß mit papierernen Resolutionen nichts anzufangen wäre, eine Erweiterung der Kampffront nicht im Interesse

der streikenden Metallarbeiter liege, auch von denselben nicht gewünscht werde. Die Resolution wurde hierauf gegen sechs Stimmen abgelehnt. Über den Antrag wurde Bericht gegeben. Aus der Abrechnung der Bezirkskassette ist zu ersehen, daß der Kassenbestand Ende des ersten Quartals 1922 21840,59 Mk. betrug. Einem vor einigen Wochen gefaßten Beschlusse, für die streikenden Metallarbeiter während der Dauer des Streiks 10 Mk. pro Woche und Mitglied abzuführen, glauben einige Mitglieder nicht nachkommen zu brauchen und verweigerten die Zahlung. Ein Kollege, der sich rühmt, bereits 48 Jahre Mitglied zu sein, scheute sich sogar nicht, Protest beim Verbandsvorstand einzulegen, mit lügenhaften Angaben über das Zustandekommen des Beschlusses, wogegen der Vorsitzende unter Befehl der Versammlung (schärfsten Protest) erhob, betonend, daß der protestierende Kollege noch nie eine Bezirksversammlung besucht und auch sonst stets abseits der Kollegen gelebe. Den paar Außenstehern wurde eine bestimmte Frist gesetzt, dem nachzukommen, was für die Mehrheit der Kollegen eine Selbstverständlichkeit ist, d. h. gefaßte Beschlüsse zu respektieren, widrigenfalls Ausschluß aus dem Verband erfolgt. Solidarität zu üben, scheint bei diesen Kollegen noch ein unbekannter Begriff zu sein. Berechtigte Anzuklärer machte sich in der überaus regen Diskussion über das Lohnabkommen für Mai geltend. Die Regelung des Lohnwens muß auf eine andre Basis gestellt werden. Ein Ausschlußantrag wurde zurückgestellt. Das Jubiläumfest soll wieder in ähnlicher Weise wie im vorigen Jahre gefeiert werden.

München. (Drucker.) Am 6. Mai fand eine gemeinsame Versammlung mit den Kollationen statt. Nachdem das Ableben eines verunglückten Kollegen in der üblichen Weise geehrt wurde, erstattete Vorsitzender Feinler Bericht über die Würzburger Konferenz der Vorstände der Vereine Bayerns. Zum Rundschreiben der Zentralkommission entwickelte sich eine sehr lebhaftes Debatte über die Entsendung eines Kollationsers zum Kongreß. Die Kollationen wollen unter allen Umständen dort eine eigene Vertretung und erklären sich bereit, diesen Vertreter eventuell auf ihre Kosten zu delegieren. Sie verlangen sofortige Abstimmung und Wahl. Der Vorsitzende konnte diesem Wunsche keine Zustimmung nicht geben. Er ersuchte, diesen Antrag nach erfolgter Ausschreibung in einer Versammlung zu behandeln.

Regensburg. (Maschinenmeisterklub. — Vierteljahrsbericht.) Die ordentliche Generalversammlung im Januar ergab fast die gesamte Wiederwahl des alten Vorstandes. Vorsitzender Geisler erstattete den Jahresbericht. Die Versammlung im März erstellte sich eines sehr guten Besuchs und beschäftigte sich mit einer Beitragserhöhung um 50 Pf. Auch der Abhaltung der Kreisvorsitzendekongress stimmte die Versammlung zu. — Die Versammlung im April, gleichfalls sehr gut besucht, bot ein Referat des Kollegen Feinler über „Mattenzurichtung, unter Berücksichtigung von Materialfragen“. Der Redner verstand es, durch seine eigene bekante Fähigkeit die Kollegen von Anfang des Vortrags zu fesseln, und es ist ihm auch an dieser Stelle für seine uneigennütige Tätigkeit der Dank zum Ausdruck gebracht. Auch mit dem Schiedsprotokolle betreffs Bedienung von Stiefelmaschinen beschäftigte sich die Versammlung. Die hiesigen Druckerkollegen können sich keineswegs mit dieser Regelung einverstanden erklären, und es wurde ein diesbezüglicher Beschluß gefaßt und der Zentralkommission zugeleitet. — In den letzten Wochen hatten die Kollegen Gelegenheit, die Zweifarbenmaschinen bei der Firma Puffel und die neuangestellte Rotation bei der Firma Og. Lummler & Sohn zu besichtigen. Beiden Firmen sei an dieser Stelle nochmals der Dank für liebenswürdiges Entgegenkommen ausgesprochen. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß der Klub heuer auf sein zwanzigjähriges Bestehen zurückblicken kann.

Rosenheim. Eine Bezirksversammlung am 7. Mai führte zahlreiche Kollegen zusammen; sicher die regste Beteiligung seit Bestehen des Bezirksvereins: 42 Kollegen, 17 Lehrlinge. Ein gutes Omen für die Zukunft. Die Versammlung brachte ein Referat des Kollegen Dürmann (München) vom Bildungsverband mit der Auforderung zur Gründung einer Vereinigung in Rosenheim, dann einen Überblick über die Lage seitens des Kollegen Straub vom Gauvorstand. An Stelle des Kollegen Kalleis, der jetzt außer dem Bezirk handlungslos, wurde Kollege Barth (Rosenheim) zum Vorsitzenden des Bezirks gewählt. Dem bisherigen Vorsitzenden an dieser Stelle unsern Dank für seine vorbildliche Arbeit im Interesse der Kollegen. Die nächste Versammlung findet in Solzhausen statt.

T. Scheudt bei Leipzig. Die Versammlung am 30. April beschäftigte sich zuerst mit der Neuannahme eines Lehrlings in den Verband und mit dem am 1. April in Kraft getretenen Unterstützungsätzen. Sodann wurde vom Vorsitzenden in kurzen Strichen der Bericht von der Bezirksversammlung in Halle gegeben, und man erklärte sich einverstanden mit den dort gestellten Anträgen zur Generalversammlung. Aus den Kartellberichten von den Monaten März und April war zu entnehmen, daß die Bergarbeiter, die sich Anfang dieses Jahres absonderten hatten, wieder dem Ortsanschlusse beigetreten sind. Unter „Verchiedenem“ gab der Kassierer den Kassenbericht vom ersten Quartal, ferner wurde beschlossen, das Wahlkum für Durchwählende zu erhöhen und die Entschädigung für den Kartelldelegierten neu zu regeln.

Wierfen. (Vierteljahrsbericht.) Kollege Feinler wurde als Vorsitzender wiedergewählt; er wies in der Januarversammlung auf die Erziehung einer freien Volkshöhne hin, welche den Zweck verfolge, der Denkmalsart der Arbeiter entsprechende Stücke auszuführen; deswegen sei dieselbe zu unterstützen. — Der Ortsverein be-

schäftigte sich in einer außerordentlichen Versammlung am 22. März, die fast vollständig besucht war, mit der Delegiertenkonferenz in Eiberfeld. Wierfen war dort vertreten durch den Kollegen Feinler, welcher einen ausführlichen Bericht der Sonderaktion den aufmerksam zuhörenden Kollegen vorlegte. Kostrennung von Berlin, Schaffung eines Sonderartikels, das war die Eiberfelder Grundlage, worauf sich für den Kreis II der Neubau eines den Kollegen würdigenen Wohnsystems errichten sollte. Der zur Diskussion gestellte Bericht ergab nach einer sehr lebhaften Aussprache folgendes Ergebnis: Sämtliche Kollegen waren mit dem künftigen Fortschritte der Wohnaufbesserung unzufrieden und verlangten ein entschiedeneres Auftreten der Gehilfenvertreter; die Mehrzahl hielt jedoch den Weg der Eiberfelder Sonderaktion für irreführend und der Gesamtsorganisations zum Schaden gereichend, da die demoralisierende Wirkung gerade an kleineren Orten Platz greifen würde. Es wurde denn auch eine dementsprechende Resolution fast einstimmig angenommen, natürlich mit der Belassung, daß die Wierfener Kollegen für die Erhaltung der Beschäftigung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln hauptbereit eintreten würden. Der Versammlungsbesuch ist im allgemeinen gut. Die niederdrückende wirtschaftliche Lage läßt ein älteres Zusammenkommen wegen der damit verbundenen Auslagen nicht zu.

Wiesbaden. In unserer Versammlung vom 20. April gelangten acht Kollegen zur Ausnahme. Wegen der Mitarbeiter wurde beschlossen, innerhalb des graphischen Gewerbes eine Arbeitskommission herbeizuführen. Gewählt wurde eine Lehrlingskommission, bestehend aus drei Kollegen, und in die Bibliothekskommission des Gewerkschaftskartells zwei Kollegen. Sodann wurde über eine Kreisamtsfassung in Mainz berichtet. Leider aber waren zu dieser Sitzung die prominenten Vertreter der Wiesbadener Prinzipale nicht erschienen. Die Sitzung fand statt, weil erneut der Antrag gestellt wurde, eine Sonderzulage für das befehle Gebiet im Kreise III zu gewähren. Die Prinzipalität lehnte aber, wie immer, diese Forderung ab mit der Begründung, daß der Nachweis einer tatsächlichen Feuerung gegenüber dem übrigen Deutschland, trotzdem Wiesbaden nach einer amtlichen Statistik, veröffentlicht in der „Rheinischen Volkszeitung“, die teuerste Stadt im ganzen Reiche ist, nicht erbracht worden sei. Den Bericht über den Gau-tag gab in ausführlicher Weise Kollege Joff. Ergänzungen hierzu machten noch die Kollegen Schäfer und Junio. Als erster Diskussionsredner verbreitete sich Kollege Holzhauser hauptsächlich über die technische Nothilfe. Da in der Zwischenzeit die Versammlung sich sehr stark gelichtet hatte, denn es waren von 255 Kollegen am Orte nur ganze 30 anwesend, wurde die Fortsetzung der Diskussion auf die nächste Versammlung verschoben. — In der Versammlung am 6. Mai machte Kollege Joff einleitend die Mitteilung, daß die neue Zulage überall vollständig zur Auszahlung gelangt sei. Dies bewies ihm der schlechte Besuch (45 Kollegen). Die Versammlungen sollen im Zukunft wieder durch Vorträge reichhaltiger ausgestattet werden. Aufgenommen wurde ein Kollege. Der Ortsbeitrag wurde um 1 Mk. erhöht. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß alle Spartenbeiträge nicht mehr an den Ortskassierer abzuliefern sind, sondern an die jeweiligen Spartenkassierer. Aber die Generalversammlung in Leipzig und den Gauausbericht lebte eine sehr ausgedehnte Debatte ein. Eine von Kollegen Lippold eingebrachte Willenserklärung, welche sieben Punkte umfaßte, wurde mit 17 gegen 7 Stimmen angenommen. Sie soll dem Verbandsvorstand übermittelt werden.

Wilmund. Am 14. Mai hielt der Bezirksvorsitzende Otto Geddelch (Göden) einen Vortrag, wozu auch Kollegen aus Ems erschienen waren. Im Anschluß an diesen Vortrag gründeten die Kollegen den Ortsverein Ems-Wilmund. Vorsitzender und zugleich Kassierer ist Kollege W. Schumann in Wilmund (in Firma C. L. Meißner & Söhne).

Die Aufnahme des neuen Lohnabkommens

In dieser Nummer begnügen wir mit der summarischen Berichterstattung über die Aufnahme des Lohnabkommens für Juni. Gründe räumlicher und praktischer Art zwingen uns, dazu, die Berichte möglichst zusammenzufassen und nur das Wesentliche daraus zu bringen, um wenigstens bis Monatsende die Verfassungen zum Abschluß zu bringen. Es besteht absolut keine Verpflichtung, daß jede einzelne Mitgliedschaft einen speziellen Bericht über die Aufnahme des Resultats einsendet. Der Raum des „Storr.“ ist an und für sich beschränkt, und er wird in nächster Zeit für viel wichtigeren Sachen in Anspruch genommen werden müssen. Deshalb sollten weit mehr Mitgliedschaften von einer Berichterstattung absehen als bisher. Ein Situationsbericht an den zuständigen Gauvorstand — wie das in den meisten anderen Gewerkschaften üblich ist — tut es schließlich auch. Bei den jetzt zur Notwendigkeit gewordenen, sehr kurzfristigen Lohnabstimmungen muß unbedingt eine Änderung gegenüber dem bisherigen Brauch eintreten, der uns zwang, unter Hinterrückstellung weit wichtiger Angelegenheiten wochenlang über die gleiche Materie zu berichten. Die Redaktion.

Berlin. In der außerordentlichen Generalversammlung am 31. Mai wurde infolge anfänglicher Behinderung des Kollegen Albrecht durch Kollegen Grünig Bericht erstattet. Nur unter der Berücksichtigung, daß durch dieses Ergebnis der Gesamtlohnstand des Deutschen Reiches wenigstens eine kleine Aufbesserung zuteil wird und wir bei weiterer Verteuerung unserer Lebensverhältnisse Ende Juni uns erneute Lohnverhandlung vorbehalten müssen, empfahl Redner das Ergebnis zur Annahme. Der inzwischen erschienene Kollege Albrecht ergänzte die Ausführungen noch dahingehend, daß das

materielle Ergebnis vielmehr hätte ein besseres sein können, wenn die Gehilfenvertreter sich für eine längere Frist ausgesprochen hätten, wozu natürlich keine Rede sein konnte. Auch in der heutigen Tarifausschubung lebten die Prinzipale noch einmal alles daran, die Lohnverhöhung mindestens auch noch für den Monat Juli gelten zu lassen, nur dann wollten sie diesen Schiedspruch zur Annahme empfehlen. Nach langen Verhandlungen einigte man sich durch eine Erklärung dahingehend, daß das Abkommen, wie der Schiedspruch sagt, für den Monat Juni gilt, und nur, wenn keine weitere Verteuerung mehr eintritt und bis Ende Juni eine abermalige Sitzung des Tarifausschusses zu diesem Zweck unnötig erscheint, gilt das Lohnabkommen auch für den Monat Juli. Kollege Albrecht erklärte ebenfalls, daß dieser Schiedspruch noch lange nicht das gebracht habe, was wir für unsere Lebensunterhalt brauchen. Sei es auch nur eine kleine Verbesserung unserer finanziellen Lage, so sei doch die kurze Frist für Juni das Ausschlaggebende dabei. Unter dieser Berücksichtigung empfahl Redner gleichfalls, dem Abkommen zuzustimmen. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Jodak, Tormann und Pöschmann, die das ungenügende Resultat des Abkommens einer scharfen Kritik unterzogen und für dessen Ablehnung eintraten. Kollege Peick hielt die verlangte Abstimmung über das erzielte Resultat aus taktischen Gründen für nicht gut und aus praktischen für nicht möglich. Trotz des geringen Ergebnisses empfehle sich die Annahme des Lohnabkommens. In seinem Schlusswort wies Kollege Albrecht darauf hin, daß die Prinzipale wohl bereit wären, Familienzulagen zu gewähren. Aber gerade unter konsequentes Eintreten für gleiche Zulagen ruhe immer wieder den Widerstand der Prinzipale hervor. Es sei den Unternehmern trotz geboten und ihnen das abgerungen, wozu wir kraft unserer Organisation in der Lage waren, was an dem Festhalten an der kurzen Frist zum Ausdruck kam. Die sich immer wiederholenden Gegenüberstellungen mit andern Berufen hinken, weil wir Buchdrucker Wochenlohn, andre Arbeiterkassen dagegen Stundenlohn haben. Die von zwei Gauen und einigen Orten verlangte Arbeitsfassung sei von der Mehrzahl der Kreisvertreter abgelehnt worden, da dies dem Statut nicht entsprach. Im Interesse der Gesamtlohnstand Deutschlands ersuchte Redner nochmals, dem Abkommen zuzustimmen. Die Versammlung nahm dieses hierauf mit knapper Mehrheit an.

Hamburg-Altona. Am 31. Mai und 2. Juni nahmen die Kollegen in starkbesetzten Versammlungen Stellung zu den letzten Lohnverhandlungen. In der ersten Versammlung lag das Ergebnis lediglich außer in Stellungnahmen in einem kurzen Telegramm des Kollegen Rumbler vor. Die Aussprache, in der die allgemeine Unzufriedenheit mit den wiederum viel zu geringen Sätzen des Schiedspruchs zum Ausdruck kam, fand ihren Abschluß durch die Annahme folgender Entschlüsse: „Die Gehilfen des Gaus Hamburg-Altona erklären das ihnen bisher bekannt gewordene Resultat des neuen Schiedspruchs als ungenügend und bleiben bei ihrem Verlangen nach einer Arbeitsfassung.“ In der zweiten Versammlung gab Kollege Rumbler einen mündlichen Bericht über den Gang der Verhandlungen. In der Aussprache wurde vor allem verurteilt, daß angesichts der viel zu geringen Sätze des Schiedspruchs unsre Vertreter die Erklärung abgaben, nur bei besonderer Verteuerung des Lebensunterhalts den Zulamentritt des Tarifausschusses im Juni zu fordern. Unsere Löhne entsprächen noch lange nicht der jetzigen Feuerung. Verwunderlich und bedauerlich zugleich sei, daß unser Antrag auf Arbeitsfassung nicht das nötige Verständnis bei den Gauvorständen und nicht die nötige Driftelmebrheit aus Kollegenkreisen gefunden habe. Mit der einfachen Ablehnung des Hamburger Antrags auf eine Ertragszulage von 10 Proz. könnten wir uns auf keinen Fall zufrieden geben. Das in der vorigen Versammlung über den Schiedspruch abgegebene Urteil „vollkommen ungenügend“ müsse auch nach der heutigen Aussprache voll aufrechterhalten werden. Kollege Rumbler bestritt in seinem Schlusswort, daß die Gehilfenvertreter mit ihrer Erklärung eine schwere Bindung eingegangen seien. Zur Frage der Hamburger Zulage wurde der Vorstand durch einen einstimmig angenommenen Antrag beauftragt, sofort mit dem hiesigen Prinzipalsverein in Unterhandlungen einzutreten zwecks Zahlung einer Ertragszulage von 10 Proz. an alle Gehilfen im Gau Hamburg-Altona. Bei Nichtzustandekommen von Verhandlungen oder Ablehnung der Zulage soll sofort eine neue Versammlung über weitere Maßnahmen Beschluß fassen.

Leipzig. In einer allgemeinen Versammlung am 2. Juni erstattete Gehilfenkreisvertreter Glöck Bericht über die letzte Tarifausschubung. In Anlehnung an das Beschlußprotokoll machte er keine Ausführungen. Ergänzend dazu schilderte er die einzelnen Waben der Verhandlungen und führte den Verammelten die schwierige Lage vor Augen, in der sich die Gehilfen- und Organisationsvertreter befanden. An der sehr lebhaften Diskussion beteiligten sich die Kollegen Sever, Kesse, Giesler (Dresden), die das Abkommen bekämpften, und Hesselbarth, Schaeffer, Bausfeld und Lochmann, die für seine Annahme eintraten. In seinem Schlusswort ging Kollege Glöck namentlich auf die Ausführungen Severs, Kesse und Gieslers ein. Vor allem bedauerte er das tiefe Niveau, auf dem diese Versammlung angelangt war. In scharfer Weise verwahrte er sich gegen die Ausführungen Gieslers und bezeichnete diese als „alte Kamellen“. Mit einem Mahnruf an die Kollegenschaft zur Beschränkung des Weges der Einigung schloß er seinen Bericht. Folgende Entschlüsse des Kollegen Lochmann wurde mit großer Mehrheit angenommen: „Die (Vervollständigung in der Zeitschrift)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummer 50 Pfennig. Postbetrag für die
Zufendung etwa. Vorauszahlung Bedingung.

Beilage zu Nr. 68 — Leipzig, den 15. Juni 1922

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und
Sonntags früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Verlammlung der tariffreien Gewerkschaften des Kreises VII
erkennt die außerordentlichen Bemühungen des Gewerkschafts-
vertreter und der Organisation um bessere Entlohnung
an. Das Ergebnis selbst betrachtet die Verlammlung als
unzureichend und als das mindeste, was erreicht werden
konnte. Den Abmachungen geben die Verammelten ihre
Zustimmung.

Mainz. In der Bezirksverlammlung am 3. Juni
referierte Gewerkschaftsleiter Conrad über das letzte Lohn-
abkommen. Reicher Beifall belohnte den Referenten für
seine vorzüglichen Ausführungen. Die sich anschließende
Diskussion zeitigte das Ergebnis, daß man, der allge-
meinen wirtschaftlichen Lage Rechnung tragend, dem Ab-
kommen bedingungsweise zustimmen könne. Der Tätigkeit
der Gewerkschaften wurde allgemeine Anerkennung ge-
wollt. In dem Schlusswort ermahnte der Referent die
Kollegen, treu zur Organisation zu stehen, denn Ver-
trauen in ihre Maßnahmen sei notwendig. Nur dann sei
es möglich, im Interesse der Gewerkschaft erprobliche
Arbeit zu leisten.

Stuttgart. Eine überaus stark besuchte Verlam-
mung am 2. Juni erkannte den Schiedspruch des Reichs-
arbeitsministeriums an, obwohl das Resultat als un-
genügend bezeichnet wurde. Ein Antrag, die Urabstimmung
zu fordern, vereinzelt nur wenige Stimmen auf sich, man
war der Ansicht, daß die Verhandlungsverlammlung
bevorzuziehen, diese der Ort sei, wo diese Frage eine Lösung
finden müsse.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Die Vereinigung deutscher Provinzbuchdrucker-
besitzer auf dem Ariesplatz, Suedis Wuppungung
und Aufpuffung der Provinzbuchdruckerbesitzer in
Schüring gegen die Gewerkschaft beruht die Vereinigung
deutscher Provinzbuchdrucker zum Sonntag, dem 18. Juni,
vormittags 11 Uhr, in den „Goldenen Adler“ zu Wilmers-
dorf eine Verlammlung aller Kollegen des Ariesplatzes
ein. Neben einem Bericht des Tarifkreisvertreter
Werb (Rudolf) über die Tarifverhandlungen von
März, bei dem er allerdings nur vom ersten Tag (am
26. März) zugegen war, soll auch ein Antrag an den
Tarifamt auf Ermäßigung der Steuern und Einführung eines
Stundenlohns, größere Abkürzung in der Entlohnung
zwischen Verberatern und Ledigen sowie Regelung der
Hilfsarbeiterfrage nach Sticht und Faden durchberaten,
beschlossen usw. werden. Daneben stehen noch Organi-
sationsfragen, Kreisvorstandswahlen, Preisarbitrage, Ver-
schleßendes und im dementsprechendes kräftiges und
lukullisches Mittagessen zur Tagesordnung. Die Zeiten
erfordern dringend wieder unter energisches Handeln. Der
Kollegen der Kollegen dringt wohl hinaus ins Reich,
findet aber keine Beachtung, und alle Wünsche scheitern
an dem Widerstand der Gewerkschaft, der leider nicht
das energische bis hierher und nicht weiter entgegen-
gesetzt wird, das heute erforderlich ist. Warum ist es
z. B. nicht möglich, die Ferienfrage aufzurollen? Warum
nicht die Hilfsarbeiterfrage, die gegen den Willen der Kol-
legen in der Tarif kam, in andern Sinn als bisher zu
regeln? So orakeln und fragen die Herren Einberufer
dieser Kantonalverlammlung, die zwar erkannt haben, daß
sie nur wenige gegen viele stehen, und dennoch glauben,
daß sie nur zu rufen brauchen, und die Herrschaften lauten
Ihren zu, wenn sie die Lösung ausgeben: Los vom Ein-
fluß der Großstädte! Die armen Kollegen mögen sich be-
ruhigen! Auch die Gewerkschaft in Großstadt und Pro-
ving hat dieses Glend fall. Denn im Tarif ist vieles ent-
halten, was nicht ihren Wünschen entspricht. Die Ferien-
frage hat auch für die Gewerkschaft ihre Schattenseiten,
sie kann nach ihrer Berechnung im Druckprettarif noch sehr
erhebliche Verbesserungen erleben. Und der Lohn-
unterschied zwischen Verberatern und Ledigen ist auch so
ein großer Anlaß, der den Verberatern wenig nützt, den
Ledigen aber um so mehr schadet, weil er bei gleicher
Leistung ungleichen Lohn bedeutet, was selbstverständlich
die Arbeitsfreudigkeit ungemessen belebt! Und die Stunden-
lohnfrage? Ach zu lieber Himmel! Wenn die Herren
Hilfsarbeiter Lohnzahlung haben wollen, so brauchen ja die
Gewerkschaft nicht mehr 48 Stunden in der Woche zu arbeiten
und auch nicht mehr sechs Arbeitstage dem Unternehmer
ihre Arbeitsleistung vorzulegen, ehe er aus Zahlen
denkt. Vielleicht läßt sich die Sache noch kürzer machen
durch Minutenlöhne, Sei, das gab ein Oudium!

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer in
Augsburg haben neuerdings die Meisterprüfung ab-
gelegt die Seherkollegen Fritz Hennerlein, Wilhelm
Müller und Joseph Straber.

Hauptverlammlung der Prinzipale in Wernigerode
am 3. Juni. Die diesjährige Hauptverlammlung des Deut-
schen Buchdruckervereins findet nicht in Braunshweig,
wie ursprünglich gemeldet, sondern in Wernigerode a. S.
am 22. und 23. Juni im Wäckerbrüder Schützenhaus
statt. Es gilt, eine umfangreiche Tagesordnung von elf

Punkten zu erledigen. Eine besondere Rolle wird die
Genehmigung der neuen Satzungen spielen und damit
auch die Sitzverlegung oder die Errichtung von Geschäfts-
stellen. Für die Preisarbitrage ist ein besonderer Punkt
vorgesehen, und auch neue Anträge widmen sich einige
Gleichfalls diesem wichtigen Thema. Die veranlaßt die
Schmerzen, die die Prinzipale bezüglich großer Uneinrich-
lichkeit der Preise haben, trotz des Tarifs. Ein recht
überflüssiger Antrag des Kreises IX (Schleßen) verlan-
gt die Herstellung der „Schrift“ bei einem Wechsel des
Druckers, spätestens aber vom 1. Januar 1923 ab, im
deutscher Schrift. Tags zuvor am gleichen Orte tagen auch
die Buchdruckerberufsgenossenschaft und die Feuer-
versicherungsgenossenschaft deutscher Buchdrucker. Voraus-
setzungen der Vorstände und am Schluß der Tagung
geleitliches Beisammensein.

Die neuen Faktorengehälter. Nachdem der Gewerkschaft
neue Feuerungsanlagen durch Schiedspruch zu-
gestanden wurden, sind den Faktoren auf Grund des
Rechtsarbitrars der Vertragsgemeinschaft der Prinzipale
und Faktoren ab 1. Juni folgende Zulagen zu gewähren:

Lohn- zulage	in Gruppe			Lohn- zulage	in Gruppe		
	A	B	C		A	B	C
0	735	705	650	15	835	805	740
2 1/2	730	720	665	17 1/2	850	820	765
5	770	740	680	20	870	835	770
7 1/2	785	755	695	25	905	870	800
10	800	770	710	Hamburg	905	870	800
12 1/2	820	785	725	Berlin	905	870	800

Als Mindestgehälter gelten nunmehr folgende Sätze:

Lohn- zulage	in Gruppe			Lohn- zulage	in Gruppe		
	A	B	C		A	B	C
0	510	485	430	15	585	565	500
2 1/2	525	490	445	17 1/2	601	585	513
5	535	505	450	20	615	595	525
7 1/2	549	515	460	25	630	595	530
10	560	530	475	Hamburg	665	625	570
12 1/2	570	540	490	Berlin	665	625	570

Einigungsauflösung in Hamburg. Anlässlich der
Tagung des Vereins Deutscher Zeitungsvorleger in Ham-
burg veranstaltet die Mergenthaler Schreibmaschinenfabrik
im großen Saale des Gewerkschafts, Soltenwall 12,
vom 11. bis 19. Juni eine Vorführung ihrer neuesten und
mehrfach Modelle, der Doppelmagazinlinotype und der
Viermagazinlinotype. Die Firma label zur Vorführung
mit einer vornehm ausgestatteten Propagandaabteilung
ein. Alle in Vorführung und Buchdruck hergestellt, auf
der ersten Seite Einladungen und Hamburger. Mitteilungen und
auf zweiter und dritter Seite. Abbildungen ihrer vier
Erzeugnisse mit Reklamefertig enthält.

Der Streit um die „Neue Zeitung“ in Jena. Zu
dem Streit um den Besitz der „Neuen Zeitung“ wird uns
mitgeteilt, daß in dem im Sommer 1919 abgefolgten
Gesellschaftsvertrag ausdrücklich festgelegt wurde, daß als
Mitglieder der Gesellschaft m. b. H. „Neue Zeitung“ nur
Mitglieder der USPD fungieren könnten. Im Oktober
1920, als die Spaltung in der USPD vor sich ging,
traten zwei Gesellschaftler von vieren und auch die Redak-
tion zur USPD über. Vor etwa 14 Tagen verlangten die
beiden USPD-Gesellschaftler von den beiden andern die
Zustimmung zur Aufnahme einer Kapitalgesellschaft von 200000
Mark an Stelle einer geänderten von 50000 Mark auf
das Hausgrundstück. Da aber die Geldgeberin, die kom-
munistische Druckereizentrale Firma Stern, G. m. b. H.,
in Berlin, das Vorkaufsrecht verlangte und die über-
schießenden 150000 Mark als Betriebskapital gelten sollten,
glaubten die USPD-Gesellschaftler ihre Zustimmung ver-
langen zu müssen. Hierdurch haben sich die Gegenläufer
verhört. Eine Gesellschaftsverlammlung sollte die
hilfslose Entlohnung der beiden USPD-Gesellschaftler sowie Ein-
gichtung ihrer Gesellschaften beschließen und als Antwort
darauf verlangen diese die Herbeiführung eines ge-
richtlichen Beschlusses, der den alten Rechtszustand wieder
herstellt. Auf Grund dessen ist nun das Bankkonto und
das Postfachlehen gesperrt worden, weil eine Unter-
werfung unter den gerichtlichen Bescheid nicht erfolgte.

Generalverlammlung des Volkskammervertrags „Das
Bild“. Der Aufsichtsrat und der Vorstand der ein-
getragenen Genossenschaft m. b. H. laden die Genossen zu
der am 24. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Gröpichen
Vereinshaus“, Berlin SW, Alexanderstraße 44, statt-
findenden Generalverlammlung ein. Auf der Tagesord-
nung stehen: Berichte, Vorlegung der Bilanz, Anträge
und Verlesendes.

„Einheitsfront des deutschen Volkes.“ In einer
Verlammlung der Münchner Hausarbeiter wurde lebhafte
großer Qualm gemacht von der geschlossenen Einheitsfront
der Landwirtschaft und Industrie, des Handels, Handwerks
und Hausbesitzer gegen den gemeinsamen Feind; aus-
drücklich als USPD, USV, und KPD bezeichnet. Der
Kampf werde bis zum äußersten geführt werden. Die
neugestaltete Zentralstelle für Reich und Privatwirtschaft
würde demnächst ein bestimmtes Programm veröffentlichen.
Der Reichsregierung sei schon bedeutet worden, was sie
von diesen „Verständnissen“ zu erwarten habe, wenn
sie ihre Politik nicht ändere. München wäre es zu danken,
daß von ihm aus der Ruf zu dieser Einheitsfront aus-
gegangen sei. Ein ehemaliger Buchdruckerbesitzer

namens Sumner mimt den Oberpriester in dieser Ver-
sammlung von Kleinbürgern gegen die Arbeiterfront
und letzten Endes auch gegen die Republik. Daß in
München sich die Einheitsfront der Reaktion formiert
und daß sogar die Döbsterler vor dieser Konkurrenz kapu-
itulieren müssen, kann gar nicht bestritten werden. Aber
die kleinen wie die großen Konterrevolutionäre im bayeri-
schen Süden wie im preussischen Nordosten wie auch
andersons — allüberall recht und streck sich ja der alte
millitärliche und Spießbürgergeist — und selbst die
großen Kapitalberichter wie Silvanus („Das Deutsche
Reich ist sozialgen ein großes Geschäft“) legen sich doch
eine falsche Rechnung zurecht, wenn sie bei den Ausga-
wucherten und den Ausgeburteten die Einheitsfront vermissen.
Es lobert schon kräftig von unten empor, und im ge-
gebenen Augenblick wird auf den Parolenunflug gepfeift
wie auf Paroledogmen verzichtet, um mit einem Schlag
die „Einheitsfront des deutschen Volkes“ zu brechen oder
unter welcher Denke sonst die Reaktion einen zweiten
Kapp-Putsch wagen könnte. Man sollte aber vorbeugen
und angeht die zunehmenden Merkmale der Reaktion
so ehrlich gemeinte Einigungsbestrebungen wie jetzt wieder
von Karl Kaustsky von keiner Seite vom eingehaltenen
Richtungsstandpunkt aus erteilen. Die organisierte Ar-
beiterfront wird die Reaktion niederschlagen, sie wird
nötigenfalls auch die Einigung der einem Mutterboden
entstrungenen Parteien erzwingen!

Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Kon-
sumvereine. Wie wir bereits mitteilen, findet in Kürze
die Generalversammlung der Pensionskasse statt, zu der
noch Termin und Tagesordnung bekanntgegeben werden.
Erwünscht ist, insoweit zur Frage der zu entlassenden
Belegten und deren Stellvertreter Stellung zu nehmen
und Wahlvorschläge vorzubereiten, damit sie zu gegebener
Zeit mitgeteilt und rechtzeitig veröffentlicht werden können.
11588 aktive Mitglieder waren am 1. Januar 1922 vor-
handen, die sich verteilen auf die Gruppe A (mit 897
Personen) gleich 3 Vertreter, B (2766) 9, C (2131) 7,
D (3072) 10 und E (2722) 9 Vertreter. Auf die ein-
zelnen Revisionsverbände entfallen je nach Mitgliederzahl:
Bayern 3 Vertreter, Nordwestdeutschland 3, Mitteldeutsch-
land 2, Ostdeutschland 3, Rheinland-Westfalen 4, Sachsen 3,
Schlesien 1, Südwestdeutschland 2, Thüringen 1 und
Württemberg 1 Vertreter sowie als Revisionsverband
geltende angeschlossene genossenschaftliche Vereinigungen
7 Vertreter.

Bessere Entschädigung für Schwere Geschworene. Ein
von den Arbeiterparteiern schon lange und wieder-
holt gemachten Anrege, die Entschädigung für en-
gangenen Arbeitsverdienst und sonstiger Unkosten, die bei
Ausübung eines Ehrenamts entstehen, zu erhöhen, wird
jetzt endlich fastgegeben. Der Reichstag hat ein Gesetz
angenommen, nach dem die Entschädigung neu geregelt
wird. Es wird zwar nur von einer besseren Vergütung
für Schöffen, Geschworene und Steuerzuschußmitglieder
gesprochen, aber es ist selbstverständlich notwendig, daß
auch die Besitzer der Meistungsämter, die nicht weniger
durch lange Sessungen von ihrer Arbeit fern bleiben
müssen, mit einbezogen werden. Bisher wurden ganze
30 Mk. gezahlt, selbst wenn manchmal Sessungen bis zu
zehn Stunden gedauert hatten. Die Entschädigung für
etwas über Nacht war im gleichen Verhältnis sehr
gering. Infolge dieser völlig ungenügenden Entschädigung
mühten viele Arbeiter und Angestellte auf ein Ehrenamt
verzichten, um so mehr, als ihnen Löhne und Gehälter
für die verkaufte Zeit gekürzt wurden. Das mußte
letzen Endes, wenn keine Änderung eintrat, zum Schaden
für alle Lohn- und Gehaltsempfänger ausschlagen. Das
neue Gesetz sieht vor, daß empfangener Arbeitsverdienst
bis zu zehn Stunden täglich ersetzt werden kann, das
entstandene Reise- und angemessene Übernachtungskosten
sowie angemessene Aufwandsentschädigung zu gewähren
sind. Die Höhe der einzelnen Entschädigungsätze wird
jeweilig durch eine Verordnung geregelt, die neben dem
Gesetz herläuft und in den nächsten Tagen erlassen wird.
Es soll darauf Bedacht genommen werden, daß bei dem
geringen Einkommen möglichst der volle Verdienstaussatz
erzielt wird.

Im die künftige Brotgetreideverorgung. Aber die
Gestaltung der Brotgetreideverorgung im kommenden
Wirtschaftsjahre wird nun schon so lange in der Regie-
rung und in den parlamentarischen Körperschaften dis-
kutiert, ohne daß es bis heute zu irgendwelchem end-
gültigen Schluß gekommen wäre. Der einmütigen
Forderung aller Lohn- und Gehaltsempfänger und Minder-
verdienenden, um das tägliche Brot zu ertäglichen Preisen
haben zu können, steht das unbillige Verlangen der
Agrarier auf vollständige Befreiung irgendwelcher Ge-
bundenheit, auch der geringsten Getreidemenge, gegen-
über. Ein Regierungsentwurf mit einem Umfang von
2 1/2 Millionen Tonnen (wie im letzten Jahre), der den
parlamentarischen Körperschaften zur Besprechung zuge-
gangen ist, geht wohl wesentlich über die kurzfristige
weise Mitte vorigen Monats gefälligen Beschlüsse des
Reichstagsparlamentarischen Ausschusses hinaus, die nur das Brot der
ganz Armen auf Kosten der Steuerzahler sichern sollten.

